Empfehlung zur Initiative "Recht auf Wohnung"

Autor(en): **Wüthrich, Ernst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **62 (1970)**

Heft 9

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354467

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Empfehlung zur Initiative «Recht auf Wohnung»

Der Wohnungsmarkt ist immer noch so ausgetrocknet, dass Missbräuche beinahe unvermeidlich sind. Eine dauerhafte Besserung ist nicht in Sicht. Die Wohnbaupreise sind wieder stark im Steigen begriffen, die Zinssätze so hoch wie seit Jahrzehnten nie.

Entgegen den Beschlüssen des Nationalrates hat die Mehrheit des Ständerats das Zustandekommen eines befriedigenden Kündigungsschutzes im ordentlichen Recht verhindert. Dieser von wenig sozialem Verständnis zeugende Entscheid veranlasst den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, den Stimmberechtigten zu empfehlen, am 26./27. September der Initiative «Recht auf Wohnung» zuzustimmen.

Sie bietet eine Verfassungsgrundlage, um in Regionen mit Wohnungsnot einen bessern Mieterschutz für alle Mieter einzuführen.

Diese Notstandsklausel dürfte auch produktionsfördernd wirken. Treiben Anleger und Bodeneigentümer den Wohnungsbau kräftig genug voran, so können sie dadurch verhindern, dass die Notstandsklausel zur Anwendung kommt.

Durch ein Ja zur Initiative «Recht auf Wohnung» tragen die Stimmberechtigten dazu bei, einen Anreiz zur Ueberwindung der Wohnungsnot zu schaffen und schieben einen Riegel gegen deren missbräuchliche Ausnutzung. Scheuen Sie den Urnengang nicht, stimmen Sie Ja zugunsten jener Mitbürger, deren Wohnungssorgen drückend sind.

Ernst Wüthrich
Präsident des Schweiz.
Gewerkschaftsbundes